



Gökay Akbulut
Mitglied des Deutschen Bundestages

Gökay Akbulut, MdB · T 6, 37 · 68161 Mannheim

Klaus Stein
IG Metall Mannheim

Hans-Böckler-Str. 1
68161 Mannheim

Mannheim, 01.04.2020
Bezug: Stellungnahme zur VdK-Rentenkampagne
Anlagen:

Gökay Akbulut, MdB

Wahlkreisbüro Mannheim:
T6, 37
68161 Mannheim
Telefon: +49 621-1250 8777
Fax: +49 621-1582 6688
Goekay.akbulut.ma02@bundestag.de

Fraktion DIE LINKE

Kurzarbeitergeld

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Klaus Stein,

Ihren Brief habe ich erhalten und mich sehr über das klare Statement für eine Ausweitung des Kurzarbeitergeldes gefreut. Wenn der Lohn an sich kaum reicht bis zum Monatsende, dann bedeutet ein Kurzarbeitergeld von 60% für viele den Gang zum Jobcenter. Das ist für uns als Fraktion DIE LINKE nicht hinnehmbar, Kurzarbeitergeld darf nicht zum Aufstocken zwingen. Hinzu kommt, dass viele Beschäftigte keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben und unmittelbar in Hartz-IV landen würden. Der Anspruch auf Arbeitslosengeld muss deswegen erleichtert werden und bereits nach vier Beitragsmonaten gelten.

Unsere Position ist ganz klar: Wir fordern die Anhebung des Kurzarbeitergeldes auf bis zu 90% des Nettoarbeitsentgelts. Besonders im Niedriglohnbereich ist das dringend nötig. Wir wollen dabei die Auszahlung des Kurzarbeitergeldes an eine Beschäftigungsgarantie knüpfen, damit Unternehmen die jetzige Situation nicht für einen womöglich schon früher geplanten Stellenabbau nutzen können. Betriebsbedingte Kündigungen sollen in Betrieben mit Beschäftigten in Kurzarbeit für mindestens ein Jahr gesetzlich ausgeschlossen werden.

Euer Ansinnen, Auszubildende zu schützen, die mit ihrer regulären Ausbildungsvergütung schon kaum über die Runden kommen, unterstütze ich natürlich. Die Ausbildungsvergütung war vor Corona schon zu gering und ist es mit Kurzarbeitergeld erst recht. Es kann auch nicht sein, dass Azubis ihren Ausbildungsplatz verlieren. Hier brauchen wir



schnelle Regelungen und ein deutlich ausgeweitetes Kurzarbeitergeld, das Azubis schützt.

Derzeit fließen rund 680 Millionen Euro aus der Arbeitslosenversicherung an die Arbeitgeber. In dem Umfang war das nie geplant und schwächt die Versicherung. Wir schlagen als Fraktion DIE LINKE deswegen vor, die Arbeitslosenversicherung zu stabilisieren und durch Bundesmittel zu bezuschussen.

Zudem ist für mich nicht nachvollziehbar, warum Unternehmen die Erstattung von Sozialbeiträgen nicht nach der Krise zurückzahlen sollten, für andere Formen der Überbrückungskredite gilt dies schließlich auch.

Gleichzeitig verlieren wir dabei auch nicht aus den Augen, dass der Mindestlohn an sich nach wie vor zu niedrig ist – 12 Euro mindestens sind notwendig.

Abschließend möchte ich euch noch meine volle Unterstützung versichern. Gerade jetzt müssen wir zusammenstehen. Für mich bedeutet das insbesondere diejenigen zu unterstützen, die es am Dringendsten brauchen. Neben den gesundheitlich vulnerablen Gruppen sind das für mich vor allem Menschen mit kleinen Einkommen, Solo-Selbständige und natürlich die Beschäftigten.

Mit freundlichen Grüßen
Eure Gökay Akbulut